



Verbände der Wirtschaft kritisieren den Zollentscheid der USA

*Ein Schock für die Schweiz bleibt zwar aus,
doch die neuen Abgaben benachteiligen
hiesige Exporteure gegenüber solchen aus der EU*

JÜRIG MEIER, DANIEL IMWINKELRIED,
RALPH GOLDINGER

Die USA führen neue Zölle gegen die Schweiz ein. Auf der juristischen Grundlage von Section 301 des amerikanischen Handelsgesetzes von 1974 gilt für Schweizer Waren ab Freitag ein pauschaler Zollsatz von 12,5 Prozent – mit Ausnahme etwa von Pharmaprodukten oder Rohstoffen. Dieser ersetzt einen Übergangszoll von 10 Prozent. Begründet wird der Entscheid damit, dass die Schweiz zu wenig gegen die global verbreitete Zwangsarbeit unternehme.

Der Wirtschaftsverband Economiesuisse weist diesen Vorwurf zurück: «Es gibt keine Hinweise darauf, dass Schweizer Lieferketten genutzt würden, um Waren aus Zwangsarbeit in den US-Markt zu schleusen», heisst es in einer Medienmitteilung. In der Schweiz selbst sei Zwangsarbeit verfassungs-, zivil- und strafrechtlich verboten. Zudem habe das Land die einschlägigen Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation

(ILO) ratifiziert sowie die Uno-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte umgesetzt.

Fehlendes Importverbot

Den USA genügt dies nicht. Sie fordern von ihren Handelspartnern die Einführung eines Importverbots für Güter aus Zwangsarbeit. Die Schweiz kennt ein solches nicht, sondern setzt auf individuelle Sorgfaltspflichten der Unternehmen sowie präventive Massnahmen. Damit fällt sie – zusammen mit Handelspartnern der USA wie Japan, Südkorea oder Australien – in eine höhere Zollkategorie.

Besser ergeht es der EU. Sie hat ein solches Verbot Ende 2024 beschlossen und wird dadurch nur mit einem Zoll von 10 statt 12,5 Prozent belegt. In Brüssel zeigt man sich denn auch den Umständen entsprechend zufrieden. Dies auch, weil die USA Ausnahmen für Flugzeuge, Generika und Wirkstoffe vorsehen.

«Die Ausgestaltung der neuen Zölle auf EU-Produkte ist besser als erwartet

und überrascht mich positiv», sagt Bernd Lange, der Vorsitzende des Handelsausschusses im EU-Parlament. «Sollte sich dieser Eindruck bestätigen, würde Europa im Vergleich zum Deal von Schottland sogar besser gestellt.» Ende Juli 2025 hatten die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der amerikanische Präsident Trump in Schottland einen maximalen Zoll von 15 Prozent auf einen Grossteil der europäischen Produkte ausgehandelt.

Economiesuisse bezeichnet den Entscheid der US-Regierung dagegen als «weder nachvollziehbar noch gerechtfertigt». Er stelle eine zusätzliche Belastung für Schweizer Unternehmen auf

dem wichtigen amerikanischen Markt dar und schaffe direkte Wettbewerbsnachteile gegenüber Ländern mit tieferen Zollsätzen – neben der EU etwa auch Grossbritannien.

Für viele Schweizer Wirtschaftszweige entsteht dadurch ein spürbarer Wettbewerbsnachteil, etwa für die heimische Hightech- und Maschinenindustrie. Sie steht bei Werkzeugmaschinen, Präzisionsinstrumenten und Automation im Konkurrenzkampf mit Herstellern aus Deutschland, Italien, Österreich und anderen Ländern. Jeder zusätzliche Prozentpunkt an Zöl-

len macht Schweizer Produkte teurer und erhöht das Risiko, dass amerikanische Kunden zur billigeren Konkurrenz aus der EU wechseln. Economiesuisse fordert deshalb weitere Verhandlungen, um «die Benachteiligung gegenüber der EU und weiteren Mitbewerbern zu beseitigen».

Die Politik in der Pflicht

Noch deutlicher wird Swissmem, der Verband der Industriebranche. «Der Vorwurf ist absurd», sagt Jean-Philippe Kohl, Leiter Wirtschaftspolitik bei Swissmem, mit Blick auf die Begründung aus Washington. Die Vorprodukte der Schweizer Industrie stammten in der Regel aus der Schweiz oder der EU – Regionen, die keine Probleme mit Zwangsarbeit kennen.

Als einzigen positiven Punkt hebt Economiesuisse hervor, dass sich die



USA in ihrem neuesten Beschluss zumindest an das im vergangenen November vereinbarte Joint Statement halten. Diese Vereinbarung deckelt die Zölle für die meisten Schweizer Exportgüter bei maximal 15 Prozent.

Im Gegenzug sagten hiesige Firmen Direktinvestitionen in den USA von 200 Milliarden Dollar zu. Zudem strich Bern Zölle auf Agrargüter der USA und gewährte Kontingente für amerikanisches Fleisch. Laut Economiesuisse hat die Schweiz zentrale Elemente der Abmachung bereits umgesetzt.

Rahul Sahgal, CEO der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer, deutet die neuen Zölle darum positiver, als es von anderen Wirtschaftsverbänden zu hören ist. Viele Güter könnten jetzt sogar zu tieferen Abgaben in die USA exportiert werden als in jüngster Zeit. Diesen gedeckelten Zollsatz gewähren die USA der Schweiz wohl auch darum, «weil sie den Status des Joint Statement anerkennen und weil die Schweiz die darin festgehaltenen Versprechen erfüllt hat».

Swissmem nimmt nun die Schweizer Politik in die Pflicht, um die durch die neuen Zölle auf dem amerikanischen Markt entstandenen Nachteile auszugleichen. Der Verband fordert bessere Standortbedingungen im Inland – darunter die rasche Inkraftsetzung neuer Freihandelsabkommen etwa mit den Mercosur-Staaten und Malaysia sowie ein Update des Abkommens mit China. Zudem würde ein gezielter Bürokratieabbau die Unternehmen spürbar entlasten.

Ähnliche Forderungen stellt Swiss Medtech, der Branchenverband der Schweizer Medizintechnik. Es brauche jetzt einen Bürokratieabbau – «und nicht neue Kosten durch zusätzliche Regulierungen wie die geplanten Aufsichtsabgaben auf Medizinprodukte», sagt der Direktor Adrian Hunn.

Weitere Zölle sind möglich

Mit dem Zollsatz von 12,5 Prozent ist ein neuer Zollhammer wie im Sommer des letzten Jahres vorerst zwar abge-

wendet worden. Damals belegte der US-Präsident Donald Trump die Schweiz überraschend mit Zöllen von 39 Prozent. Doch der neue Zollsatz ist nicht in Stein gemeisselt. Während das Büro des US-Handelsbeauftragten seinen ersten Bericht zum Thema Zwangsarbeit bereits veröffentlicht hat, arbeitet es im Hintergrund noch an einer zweiten Untersuchung.

Darin wirft Washington sechzehn wichtigen Handelspartnern – darunter die Schweiz, die EU, China und Japan – die künstliche Schaffung von industriellen Überkapazitäten vor. Die Staaten würden durch Subventionen und Staatshilfen gezielt Industriezweige aufbauen, die dann der amerikanischen Industrie unfaire Konkurrenz machen. Der US-Handelsbeauftragte Jamieson Greer betonte gegenüber der Nachrichtenagentur Bloomberg, dass diese zweite Untersuchung mehr Zeit benötige, da man sich strikt an die gesetzlichen Vorgaben und Anhörungsfristen halten wolle.

Damit bleibt das schlimmste Szenario für die hiesige Wirtschaft bestehen: Sollte die US-Regierung im künftigen Bericht Verfehlungen der Schweiz feststellen, könnten die USA zusätzliche Zölle verhängen, die auf die heutigen 12,5 Prozent draufgeschlagen würden. «Das bedeutet, dass die von uns immer wieder kritisierte Unsicherheit weiter bestehen bleibt», sagt der Uhrenverbands-Präsident Yves Bugmann.

Laut Economiesuisse ist es nun entscheidend, dass aus der laufenden Untersuchung zu angeblichen Überkapazitäten in der industriellen Produktion keine zusätzlichen Zollbelastungen entstehen. Der Wirtschaftsverband fordert darum weitere Verhandlungen mit den USA. Ziel müsse bleiben, «weitere handelspolitische Unsicherheiten zu verhindern».

Ein echter Staatsvertrag

Gemeint ist damit die Überführung des rechtlich nicht bindenden Joint Statement vom letzten November in ein echtes Handelsabkommen. Ein solcher

Staatsvertrag «würde der Schweizer Industrie bei ihren Geschäften mit den USA endlich wieder etwas mehr Sicherheit und Stabilität bringen», sagt Jean-Philippe Kohl von Swissmem. Dies, weil es einen besseren Schutz vor neuen Zöllen des unberechenbar agierenden Weissen Hauses bedeuten könnte. Ein Abkommen hätte gemäss Swissmem aber möglicherweise noch einen weiteren Vorteil. In diesem könnte auch festgelegt werden, dass die Schweiz gegenüber der EU nicht benachteiligt wird.

Auch aus Sicht von Swiss Medtech macht die laufende Untersuchung zu möglichen industriellen Überkapazitäten ein rechtsverbindliches Abkommen besonders wichtig. Hilfreich für die Verhandlungen wäre laut dem Direktor Adrian Hunn die rasche Anerkennung von in den USA zugelassenen Medtech-Produkten in der Schweiz. Das Parlament habe dem Bundesrat bereits im November 2022 einen entsprechenden Auftrag gegeben. Von einer solchen Anerkennung würden nicht nur die Patientinnen und Patienten in der Schweiz profitieren, wie Hunn sagt. «Gleichzeitig würde eine solche Massnahme die Verhandlungen der Schweiz mit den USA unterstützen.»

Der Verband Scienceindustries spricht sich ebenfalls deutlich für ein bilaterales Handelsabkommen aus. Ein rascher Abschluss würde den exportorientierten Schweizer Industrien Chemie, Pharma und Life-Sciences langfristig stabile und verlässliche Rahmenbedingungen bieten, heisst es in einer Mitteilung. Der Uhrenverbands-Präsident Yves Bugmann schliesst sich dieser Forderung an. «Natürlich ist ein Abkommen am Schluss nur Papier, aber es bringt dennoch mehr Rechtssicherheit», sagt er.

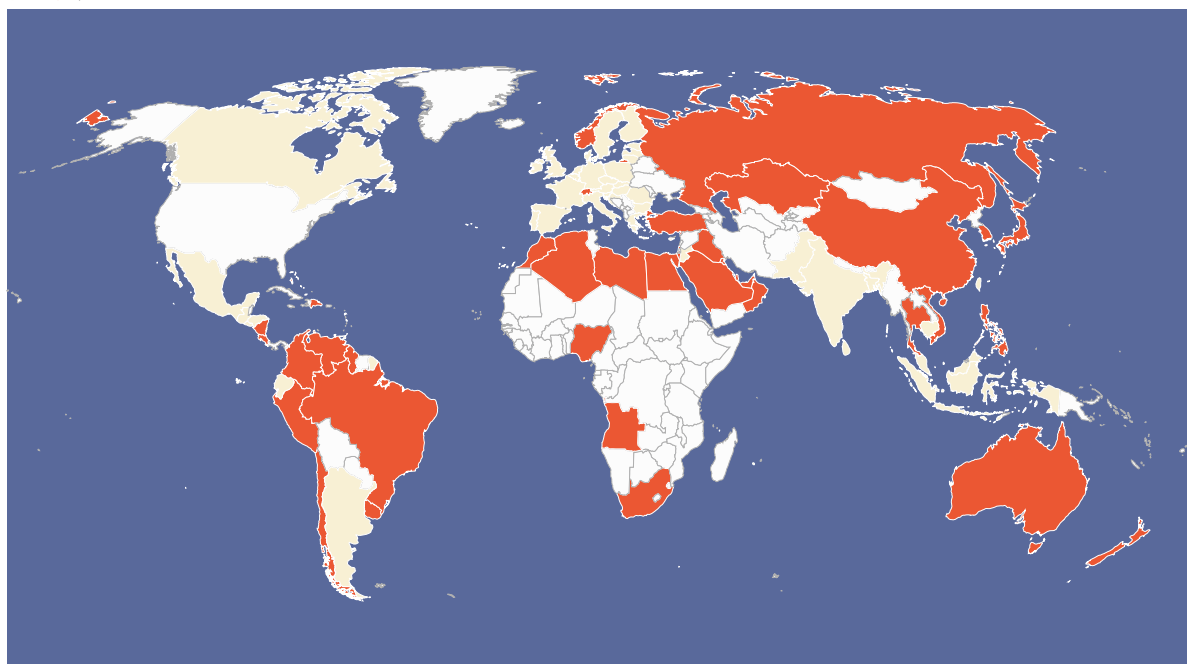
Das Wirtschaftsdepartement strebt den Abschluss eines solchen Abkommens weiterhin an. Ein Datum für einen erfolgreichen Abschluss lasse sich derzeit jedoch noch nicht nennen, sagt ein Sprecher.



Bei der EU und Taiwan sowie bei Japan, Südkorea und der Schweiz wird nur die Differenz erhoben, die zu einem Gesamtzoll von 10 beziehungsweise 12,5 Prozent fehlt. Ausgenommen sind Waren mit sektoralen Sonderzöllen sowie weitere von der US-Regierung definierte Produktgruppen.

Diese neuen US-Zölle gelten ab dem 24. Juli

10% 12,5%



QUELLEN: OFFICE OF THE UNITED STATES TRADE REPRESENTATIVE; © NATURAL EARTH (KARTENMATERIAL)

NZZ / tti.

«Es gibt keine Hinweise darauf, dass Schweizer Lieferketten genutzt würden, um Waren aus Zwangsarbeit in den US-Markt zu schleusen.»

Economiesuisse